

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Wahlspeck für die Bauern

Bankkrach in Amerika

„Presse-Freiheit“

Völkerbund gegen Japan

Nazis über Papen-Hugenberg

Zwei Knöpfe für ein Mädchen

Weitere Berichte über Einheitsfront

Die Faust regiert!

Die Nazi-Abgeordneten sprengen mit Gewalt den Überwachungsausschuß des Reichstages

Am Dienstag mittag trat der Überwachungsausschuß des Reichstages erneut zu einer Sitzung zusammen. Sobald der Vorsitzende, Abgeordneter Löbe, die ersten Worte sprach, wurde er von den nationalsozialistischen Abgeordneten durch Toben und Brüllen am Reden gehindert. Der Nazi-Abgeordnete, Dr. Frank II, schrie, der marxistische Verleumder Löbe sei nicht mehr Vorsitzender des Überwachungsausschusses. Jetzt seien andere Zeiten gekommen, die Nazis seien das deutsche Volk.

Dann ging er durch den Saal, stieß Löbe mit Gewalt vom Vorstandsplatz weg, ergriff die Klingel und erklärte, daß er die Sitzung eröffne.

Die Mitglieder der SPD, der KPD und sämtlicher bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Abgeordneten Hergt von den Deutschnationalen, verließen daraufhin unter wüstem Schimpfen der Nazis den Sitzungssaal.

Dabei erhielt der volksparteiliche Abgeordnete Morath von nationalsozialistischen Abgeordneten heftige Faustschläge in den Rücken und ins Gesicht.

Die Vertreter der SPD, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der KPD traten sofort zu einer Besprechung über die Situation, die durch das unerhörte Vorgehen der Nazis geschaffen worden war, zusammen. Eine gemeinsame Beschwerde kam nicht zustande, da die KPD es ablehnte, sich an Vorstellungen beim Reichspräsidenten oder beim Reichspräsidenten zu beteiligen. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Nazis und der Deutschnationalen, protestierten jedoch gegen die Vorgänge im Ausschuß.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, erhob telegraphisch beim Reichspräsidenten Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, dem Reichsinnenminister Dr. Frick, scharfsten Widerspruch und verlangte volle Genugtuung.

Für das Zentrum richtete Abgeordneter Wegmann ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten Göring, in dem dieser an seine Pflichten als Reichspräsident gemahnt und aufgefordert wird, dem Ausschuß unverzüglich die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte zu ermöglichen. In dem Schreiben des Zentrums, wie auch in einem ähnlichen Protest der Bayerischen Volkspartei wird

kritisiert, daß der Reichspräsident bisher nichts getan habe, um die Tätigkeit des Ausschusses zu sichern.

In Zentrumskreisen wird weiter erklärt, daß durch die erneute Sprengung des Ausschusses die Untersuchung des Osthilleskandals und die Behandlung wichtiger Zentrumsanträge unmöglich gemacht worden sei. Es scheine, als ob die Nationalsozialisten eine weitere Behandlung der Osthilfe nicht wünschten. Das Zentrum hatte Anträge zu dem Neunkirchener Unglück, ferner auf Aufhebung der Notverordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen, über die Sicherung der Wahlfreiheit und gegen den Mißbrauch des Rundfunks für einseitig parteipolitische Zwecke eingebracht.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Überwachungsausschusses veröffentlichten eine Erklärung, in der festgestellt wird,

daß die Nazis sich mit der Sprengung des Ausschusses eines Verbrechens schuldig gemacht haben, das nach den §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft wird.

Außerdem sei durch diese Vorgänge das verfassungsmäßige Recht des Ausschusses, die Rechte der Volkvertretung zu wahren, nicht

mehr gewährleistet und damit die Verfassung gebrochen.

Die kommunistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses erklärten, sie hätten in der Besprechung der Fraktionsführer beantragt, die Beratungen des Ausschusses unter Ausschaltung der Nationalsozialisten unter allen Umständen fortzusetzen und zum Schutze Gruppen des Kampfbandes und des Reichsbanners heranzuziehen. Dieser Vorschlag sei jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II bringt die Unverschämtheit auf, beim Reichspräsidenten gegen die verleumderischen Einstellungen des wahren Herganges seitens der Marxisten nachdrücklichst Verwahrung einzulegen und um den Schutz der nationalsozialistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses in der Wahrung ihrer Rechte zu ersuchen. Gleichzeitig hat Dr. Frank II das „Ber-

liner Tageblatt“ wegen seines Berichtes über die Vorgänge verklagt. Er könnte ebensogut weit rechtsstehende Blätter, wie z. B. die „Berliner Börsen-Zeitung“, verklagen, denn auch diese Zeitungen sind angesichts der eindeutigen und unerhörten Vorgänge gezwungen, die Wahrheit über das gewalttätige Vorgehen der Naziabgeordneten zu berichten.

Für die Arbeiterklasse ist die Frage, ob der Überwachungsausschuß des Reichstages verhandelt oder nicht, an sich nicht von besonderer Bedeutung. Aber das Auftreten der Nationalsozialisten zeigt mit aller Klarheit, wie weit die faschistische Entwicklung in Deutschland bereits vorgeschritten ist. Dieser Entwicklung kann allerdings nicht durch papierene Proteste und parlamentarische Aktionen begegnet werden, sondern nur durch den entschlossenen und geschlossenen außerparlamentarischen Kampf der ganzen Arbeiterklasse.

Vollstreckungsschutz für das ganze Reich

Wahlspeck für die Bauern

Berlin, 15. Februar.

CNB. Ueber die gestern im Reichskabinett zum Abschluß geführten Beratungen über die Neuregelung des Vollstreckungsschutzes, die in einer heute zur Veröffentlichung kommenden Verordnung ihren Niederschlag gefunden haben soll, wird berichtet, daß der Vollstreckungsschutz nunmehr auf alle landwirtschaftlichen Betriebe des ganzen Reichsgebietes gleichmäßig Anwendung finden soll. Die bisherige unterschiedliche Behandlung verschiedener Gebiete soll aufhören. Die Schutzmaßnahmen werden, wie bereits angekündigt, bis zum 31. Oktober d. J. befristet.

Der Vollstreckungsschutz erstreckt sich auf das unbewegliche und das bewegliche Vermögen. Gegenüber dem bisherigen Verfahren wird der Vollstreckungsschutz jetzt in der Form gehandhabt, daß alle Vollstreckungsverfahren grundsätzlich eingestellt sind, ohne daß ein Antrag gestellt wird, und daß der Gläubiger unter bestimmten Voraussetzungen das Recht hat, einen besonderen Antrag auf Fortführung bzw. Einleitung des Zwangsverfahrens zu stellen. Dieses Recht soll im allgemeinen für Altenteile, Unterhaltspflichten, Löhne, Steuern und dergl. gegeben werden. Weiter hat der Gläubiger einer ersten Hypothek das Recht auf Zwangsversteigerung, wenn er nachweist, daß der Schuldner in der Vergangenheit längere Zeit seine Zinsverpflichtungen nicht erfüllt und auch nach Erlaß der gegenwärtigen Verordnung seine erst fällige Zinszahlung nicht geleistet hat.

Diese Maßnahme muß tiefeinschneidende Folgen für die ganze kapitalistische Wirtschaft haben. Sie ist selbstverständlich in erster Linie zum „Schutze der bankrotten Großgrundbesitzer“ erlassen. Aber sie ist gleichzeitig die Folge des Druckes der mittel- und kleinbäuerlichen Nazianhänger auf die Regierung. Die Millionen Bauern sind alle vom Gerichtsvollzieher bedroht. Bisher wurde von den Nazis der verhaßte Gerichtsvollzieher als der Vertreter des „marxistischen Systems“ hingestellt und es wurden nationalsozialistische Bauernrevolten gegen Versteigerungen organisiert.

Wenn jetzt weiterversteigert worden wäre, dann müßte den Bauern der Gerichtsvollzieher als der Vertreter der Hitler-Hugenberg-Regierung erscheinen, was sich sehr

schnell gegen Hitler u. Gen. ausgewirkt hätte. Darum waren sie — nicht zuletzt auch aus Wahlzwecken — zu dieser Maßnahme gezwungen. Man könnte diesen „Erfolg“ den bedröhten Kleinbauern von Herzen gönnen. Aber es ist klar, daß damit die ganze kapitalistische Kredit- und Finanzwirtschaft durcheinander geraten muß. Die Banken, der kaufmännische und handwerksmäßige Mittelstand und auch die Industrie können nicht mehr zu ihrem bei den Bauern ausstehenden Geld kommen, was zu riesenhaften Bankrotts, Bankkrachs usw. führen muß, denn es handelt sich hier um Milliardenbeträge.

Daher ist verständlich, daß die großkapitalistischen Organe, wie die nazifreundliche „DAZ“ und selbst die „Börsen-Zeitung“, darüber ganz entsetzt sind und erbarmswürdige Warnungsrufe ausstoßen. Schon wird auch ein Vollstreckungsschutz für den Mittelstand verlangt.

Diese Politik kann nur mit dem Chaos enden, wobei auch die Bauern am Ende recht die Betrogenen sein werden.

Schwerer Konflikt um den Reichsrat

Für Donnerstag ist eine Vollsitzung des Reichsrates angesetzt. Die „Kommissare des Reiches für Preußen“ haben die bisherigen preussischen Reichsratsvertreter Dr. Badt, Dr. Brecht und Cösmann in den einseitigen Ruhestand versetzt, und dafür sich selbst (Papen, Göring, Hugenberg usw.) zu Bevollmächtigten des preussischen Staates im Reichsrat ernannt.

Diese Maßnahme hat insbesondere bei der bayerischen Regierung scharfsten Widerspruch hervorgerufen.

Die Vertreter der größeren deutschen Länder treten am heutigen Mittwoch in Berlin zu einer Vorkonferenz zusammen, um sich über ihre Haltung gegenüber dem Vorgehen der Reichsregierung zu verständigen. Für den Verlauf der Reichsratsitzung sind daher allerhand Überraschungen zu erwarten.

10 Jahre faschistische Miliz in Italien

Von Walter Pöppel

Als Nachspiel zur Feier des 10. Jahrestages des Marsches auf Rom fand am 1. Februar 1933 auch die Feier des 10jährigen Bestehens der faschistischen Miliz statt. Wichtiger als die Feier, die ihren Höhepunkt in einer Parade der Miliz vor Mussolini fand, ist uns bei dieser Gelegenheit eine Betrachtung über die Bedeutung und Struktur der Miliz überhaupt. Das ist um so notwendiger, als auch in Deutschland durch den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung die Frage der Eingliederung der SA in eine zu schaffende Miliz an Bedeutung gewinnen wird. Daß diese Frage vorläufig in der Regierung noch ablehnend entschieden wurde, ist nur ein Kompromiß, besagt nur, daß der Zeitpunkt dieser Eingliederung noch etwas hinausgeschoben wird, weiter nichts.

Die italienische Miliz ist hervorgegangen aus den Kampftruppen der faschistischen Partei, also aus ähnlichen Formationen wie sie in Deutschland die SA und die SS darstellen. Ihre offizielle Gründung erfolgte am 1. Februar 1923, vier Monate nach dem am 28. Oktober 1922 erfolgten Marsch auf Rom und nachdem die, noch vom Ministerium Nitti geschaffenen Polizeikräfte aufgelöst worden waren. So wurden jetzt Mitglieder der faschistischen Partei auf Staatskosten bewaffnet, eingekleidet und als Ersatz des früheren Polizeikorps verwendet, sie wurden ein Teil, ja vielleicht ein entscheidender Teil der staatlichen Exekutivgewalt. Durch diese Eingliederung seiner Parteitruppen in den Staatsapparat hatte der Faschismus eine vorzügliche, sichere Waffe gegen den „inneren Feind“ geschaffen, die um vieles zuverlässiger war, als selbst die offizielle Polizei und das Militär. Aber auch nur als Ergänzung, oder besser als Kontrollorgan der übrigen Polizei und des Militärs hat die Miliz für die Aufrechterhaltung der faschistischen Diktatur eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Noch ein anderes wurde durch die Schaffung der Miliz erreicht. Einem großen Teil der faschistischen Parteimitglieder wurde durch die Eingliederung in die Miliz Brot und Auskommen und ein relativ angenehmes Leben gewährleistet. Das bedeutete, daß ein bestimmter Teil der Mitglieder der faschistischen Partei allein durch die Einreihung in die Miliz auch sozial befriedigt wurde. Ihre Lebenslage hatte sich durch die faschistische Machtergreifung wirklich verbessert, warum sollten sie deshalb dies System nicht gegen die Unzufriedenen verteidigen?

Auch für Deutschland ergibt sich hieraus eine wichtige Lehre. Viel weniger als in Italien wird der Faschismus bei uns seine Versprechungen auch nur einigermaßen halten können, viel schneller und in viel stärkerem Maße wird die Ernüchterung und die Unzufriedenheit bei uns weite Kreise seiner proletarischen und kleinbürgerlichen Mitläufer erfassen. Doch aus dieser Tatsache allein den kommenden Zerfall und das Ende der faschistischen Herrschaft abzuleiten, ist eine große Illusion. Denn wenn es ihm gelingt, einige Hunderttausend seiner Mitglieder durch Eingliederung in den Staatsapparat auch sozial zufrieden zu stellen, und wenn dieser Teil dann noch Gewehre und Maschinen-gewehre erhält, dann ist die Möglichkeit gegeben, den unzufriedenen Teil der Bevölkerung, auch der eigenen Anhänger, mit dem Mitteln der Gewalt „zufrieden zu stellen“.

Amerikas Autobanken krachen

Im Staate Michigan, dem Hauptsitz der amerikanischen Autoindustrie (Detroit) sind die Banken durch den Gouverneur für acht Tage geschlossen worden. Die größte Bank Union Guardian Trust Co. mit 60 Millionen Dollar Kapital ist in Finanzschwierigkeiten geraten.

Auf der New Yorker Börse herrscht große Bestürzung. Die Autoaktien stürzen in rasendem Tempo.

Wieder Grubenunglück in OS.

10 Kumpels verschüttet

Pfeilerbruch auf der Königin-Luise-Grube bei Hindenburg

Hindenburg, 14. Februar.

Am Dienstagabend ging auf der Königin-Luise-Grube bei Hindenburg, die der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft gehört, im Ostfeld auf der 340-Meter-Sohle, ein Pfeiler zu Bruch.

10 Kumpels wurden verschüttet.

Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Von den Verschütteten gaben aber nur noch zwei Lebenszeichen. Ueber das Schicksal der anderen ist noch nichts bekannt.

Bezeichnenderweise behauptet die Bergbauverwaltung, daß der Pfeilerbruch durch einen Gebirgsschlag verursacht wurde. Man will also mit anderen Worten behaupten, daß hier im gewissen Sinne „höhere Gewalt“ das Unglück verursacht habe.

Bei all den letzten zahllosen Grubenunglücken war aber immer die Antreiberei die Ursache der Unglücke. Die Hetze, in die man die Kumpels durch das Akkordsystem und durch die Antreiberei von seiten der Beamten zwingt, muß zur Vernachlässigung der notwendigsten Sicherheitsmaßnahmen führen. Beseitigt das Ausbeutersystem — und

ihr werdet zu 90 Prozent die Grubenunglücke beseitigen.

Ein Kumpel halb freigelegt

Breslau, 15. Februar.

Zu dem Grubenunglück in Hindenburg teilt das Oberbergamt Breslau mit:

Bis Mitternacht ist von den Eingeschlossenen ein Mann, der nicht lebensgefährlich verletzt ist, halb freigelegt worden. Eine Anzahl weiterer Leute gibt von anderer Stelle aus Lebenszeichen. An ihrer Bergung wird mit allen Kräften gearbeitet. Man hofft, wenn sich die Lage nicht besonders verschlechtert, spätestens in einem Tag die Verschütteten zu bergen. Der Pfeiler ist in seiner ganzen Breite zu Bruch gegangen, die Zuführungsstrecken sind jedoch aufrecht geblieben, so daß das Rettungswerk von verschiedenen Seiten aus sofort in Angriff genommen werden konnte.

Hindenburg, 15. Februar.

WTB. Von den verschütteten zehn Bergleuten sind bis heute früh drei lebend geborgen worden. Man hofft bis Mittag zwei weitere retten zu können. An der Rettung der übrigen fünf Verschütteten wird fieberhaft gearbeitet. Von einem hört man noch Klopfzeichen.

Alarm! Alarm!

Kreuzburg (Oberschlesien).

Den Genossen der Eisernen Front werden die drei Pfeile abgerissen, den Genossen des Kampfbundes nimmt die Polizei Armbrunde und Schultertornier ab, weil dieser Anblick provozierend wirke, unsere Genossen werden am hellen Tage auf der Straße überfallen in die Schaufenster der jüdischen Kaufleute fliegen Steine, und Handgranaten werden schon bereit gehalten. Die Polizei steht lächelnd daneben, offensichtlich hat sie die bisherige halbe Wendung nach rechts ganz ausgeführt. Die Nazis dringen in Proletarierwohnungen ein. Die Polizei erklärt, sie könne da nichts machen.

es wäre zweckmäßig, sich an das SA-Heim zu wenden und dort um bessere Behandlung zu bitten.

So lautet die Auskunft unseres Polizeigewaltigen, des der Arbeiterschaft sattem bekannten Polizeikommissars Krüger.

Diesem ganzen Treiben sehen die SPD und auch die KPD tatenlos zu. Wir wissen zwar sehr gut, daß gerade die KPD sich in der heutigen Situation davor hüten muß, Verbotsgründe zu schaffen. Wir glauben aber immer noch, daß es sehr viele Mittel und Wege gibt, um diesem Terror zu begegnen. Die SPD verharret weiter in ihrer schwächlichen Haltung und lehnt es strikt ab, sich mit der KPD in Verbindung zu setzen. Der ausschlaggebende Grund ist wohl der: die SPD ist ihrer Anhänger keineswegs mehr so sicher, wie es den Anschein hat. Sie weiß, daß die in den Massen schlummernde Kampfberbereitschaft die Schranken der reformistischen Politik beim Ausbruch des Kampfes durchbrechen wird. Das wird jedem sofort

Zwei Morzerfeiern der PKG

am 26. Februar, 9,30 Uhr im Zentral-Kino, 10,30 Uhr im Kristallpalast

Tonfilm:

„Menschen hinter Gittern“
Eintritt 20 Pfennig.

Voranzeige

Karl Marx-Gedenkfeier der PKG mit Film. Sonnabend, den 11. März 1933, 17,30 Uhr und 20,15 Uhr im Konzerthaus.

Näheres nächste Woche in der SAZ.

Voranzeige

Ein Pressefest der SAZ findet am 1. April im Wappenhof statt.

Klar, wenn er sich ein Referat eines Gewerkschaftsführers anhört. Die Beteiligung war sehr schwach, als der Bezirksvorsitzende des ADGB, Nowak-Gleiwitz, über „die Aufgaben der Gewerkschaften im Jahre 1933“ referierte. Selten hat ein Arbeiter soviel Unfug reden gehört. Nowak ist buchstäblich für alles: für den FAD, für die allgemeine Wehrpflicht für die Jugendertüchtigung, für die Aufrüstung usw. Alle, die dort waren, haben sich das Anhören und Lesen von Nazizeitungen auf Wochen hinaus erspart. Daß Leute dieses Schlages an dem Zustandekommen der Einheitsfront kein Interesse haben, ja, daß sie ihr entgegen arbeiten, wird jeder verstehen. Und wünscht man auch jeder Gewerkschaftsversammlung einen ungeheuren Zustrom; hier kann man die schwache Beteiligung nur begrüßen, die es verhindert, daß die Gehirne weiterhin vernebelt werden. Den wenigen „Unentwegten“ wird doch kaum zu helfen sein.

Die Linientreuerigkeit der KPD, der üble Reformismus der SPD, beides hat hier am

Ort die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen zerstört. Betriebe, die die Zelle einer gründlichen Revolutionierung der Arbeiterschaft sein könnten, gibt es nicht. Hier herrschen Handwerk und Landwirtschaft. Die Aufgabe ist riesengroß, zumal unsere Ortsgruppe nur klein ist. Doch wenn wir auch wissen, daß die Gefahr groß ist und daß uns auf dem flachen Lande zuerst und mit ungehemmter Wucht der faschistische Terror treffen wird, wir kennen das Ziel und kennen die Lösung. Und wir wissen, daß die Proleten der Großstädte uns nicht im Stiche lassen werden.

Anweisung

für die Funktionäre der SAP zu den Kommunalwahlen

Kreistagswahl

Wahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands zu der am 12. März 1933 stattfindenden Wahl zum Kreistage des Kreises

Kennwort: „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.“

- Bewerber:
Vor- und Zuname: Beruf: Wohnung:
1.
2. usw.
(Die Zahl der Bewerber ist unbeschränkt)
- Vorstehender Wahlvorschlag wird von folgenden Wahlberechtigten unterstützt:
Vor- und Zuname: Beruf: Wohnung:
1.
2. usw.
(mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten, die in dem betr. Kreis ihren Wohnsitz haben. Es ist zu empfehlen, mehr als 10 Unterschriften zu nehmen.)
- Folgende schriftliche Erklärung jedes Bewerbers muß vorliegen:
„Ich erkläre mich mit meiner Aufstellung als Bewerber für die am 12. März 1933 stattfindenden Wahlen zum Kreistage des Kreises auf dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands einverstanden.“
(Unterschrift, Beruf, Wohnung.)

- Bescheinigung des Gemeindevorstehers über die Wählbarkeit:
„Es wird bescheinigt, daß der (Name) (Beruf) (Name) wohnhaft am 12. März 1933 das 25. Lebensjahr vollendet hat, Reichsangehöriger ist, seinen Wohnsitz im Kreise hat und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist.“
- Bescheinigung des Gemeindevorstandes:
„Die Unterzeichner dieses Wahlvorschlages sind in die Wählerliste eingetragen.“
- Unter den Unterzeichnern des Wahlvorschlages muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter des Vertrauensmannes angegeben sein.

Die Wahlvorschläge sind an den Kreiswahlleiter (Landrat) spätestens 14 Tage vor der Wahl, d. h. spätestens am 25. Februar 1933, einzureichen.

Es ist möglich, daß die Frist noch verkürzt wird, — zunächst ist aber von den Genossen die hier angegebene Frist zu beachten.

Listenverbindung mit anderen Parteien ist nicht zulässig.

Gemeindevahlen

Wahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands zu der am 12. März 1933 stattfindenden Wahl der Ge-

meindevertretung (Stadtverordnetenversammlung) für die Gemeinde

Kennwort: „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands.“

- Bewerber:
Vor- und Zuname: Beruf: Wohnung:
1.
2. usw.
(Die Zahl der Bewerber ist unbeschränkt.)
- Vorstehender Wahlvorschlag wird von folgenden Wahlberechtigten unterstützt:
Vor- und Zuname: Beruf: Wohnung:
1.
2. usw.
(folgen mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. — Es ist zu empfehlen, mehr als 10 Unterschriften zu nehmen.)
- Folgende schriftliche Erklärung jedes Bewerbers muß vorliegen:
„Ich stimme der Aufnahme meines Namens in den Wahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für die am 12. März 1933 stattfindende Wahl zur Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung) der Gemeinde . . . zu.“
(Unterschrift, Beruf, Wohnung.)
- Bescheinigung des Gemeindevorstandes über die Wählbarkeit:
„Es wird bescheinigt, daß der (Name) (Beruf) (Name) wohnhaft am 12. März 1933 das 25. Lebensjahr vollendet hat, Reichsangehöriger ist, seit sechs Monaten in der Gemeinde wohnt und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindegewaltgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.“
- Bescheinigung des Gemeindevorstehers:
„Die Unterzeichner dieses Wahlvorschlages sind in die Wählerliste eingetragen.“
- Unter den Unterzeichnern des Wahlvorschlages muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter des Vertrauensmannes angegeben sein.

Die Wahlvorschläge müssen beim Wahlleiter der Gemeinde (Gemeindevorsteher, Magistrat) spätestens 17 Tage vor der Wahl, d. h. spätestens am 22. Februar 1933, eingereicht sein.

Die Frist kann auf 13 Tage verkürzt werden, vorläufig müssen aber die Genossen den angegebenen Termin beachten.

Listenverbindung mit anderen Wahlvorschlägen ist nicht zulässig.

Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Die Serie der Schulschließungen

Habelschwerdt, 14. Februar.

Wegen Zunahme der Masernkrankungen bleibt die Schule in Neu-Weistritz weiter geschlossen, und zwar zunächst bis zum 19. Februar.

Zwei Wohnhäuser niedergebrannt

Görlitz, 14. Februar.

In Rauscha brannte das Wohnhaus des Landwirts Max Hentschke bis auf die Um-

Wintergewitter in ganz Niederschlesien

Windstärke 9 — Bäume entwurzelt

Das Wintergewitter, das sich gestern — wie bereits gemeldet — über Breslau entlud, ist über Niederschlesien in starker Breite gezogen. Der Gewittersturm, der um 1/7 Uhr über Liegnitz tobte, war bereits gegen 7 Uhr in Breslau und wenige Minuten nach Abzug schon in Sprottau. Blitz und Donner waren überall begleitet von orkanartigen Schneeböen und Regenschauern. Die Durchschnittsgeschwindigkeit des Sturmes war Windstärke 9.

Nach Meinung der Wetterwarte in Krieteru ist das Gewitter dadurch hervorgerufen worden, daß die von der norwegischen Küste sich schnell nähernden gewaltigen arktischen Kaltluftmassen mit den sich noch in Schlesien befindlichen subtropischen Warmluftmassen zusammenprallten.

Von überall werden starke Sturmschäden gemeldet.

Im alten Scheitniger Park wurden vier starke, dickstämmige Ahorn- und Prunusbäume glatt entwurzelt. Im Göpperthain wurde eine mächtige Eiche direkt über dem Erdboden fortgesplittert.

Das Observatorium der Schneekoppe meldet, daß dort bereits vorgestern ein starkes Berggewitter sich entladen habe.

fangungsmauern nieder. Das Mobiliar konnte gerettet werden. Es liegt Brandstiftung vor.

Bunzlau, 14. Februar.

In Neuhammer vernichtete ein Brand das Wohnhaus des Stellenbesitzers August Rothe. Auch hier konnte die Wohnungseinrichtung größtenteils gerettet werden. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Straßenbahnzusammenstoß

Waldenburg, 14. Februar.

Auf dem Sonnenplatz stießen zwei Straßenbahnwagen zusammen. Beide Wagen wurden erheblich beschädigt, einige Personen durch Glassplitter leicht verletzt.

Tödlicher Unfall

Bolkenhain, 14. Februar.

Der neunjährige einzige Sohn der Eheleute Hainke in Rohstock stürzte mit dem Rode und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er erlegen ist.

Schifffahrt wieder in Gang gekommen

Oppeln, 14. Februar.

Nachdem bereits seit einigen Tagen die Schifffahrt auf der oberen Oder wieder aufgenommen ist, haben am Montag die Wasserbauämter die Aufrichtung der Oderwehre oberhalb von Breslau vorgenommen. Seit Wiederaufnahme der Schifffahrt haben bereits 200 der 825 auf der oberen Oder verwinterten Kähne die Talfahrt angetreten.

Im Kampf um die Einheitsfront in Oels

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war die Alarmbereitschaft der Arbeiterschaft gegeben. Es war sofort unsere Losung, mit der gesamten Arbeiterschaft von Oels zwecks gemeinsamer Abwehr Fühlung zu nehmen. Die kommunistischen Genossen waren sofort bereit dazu. In einer Sitzung wurde beschlossen, an den ADGB, die SPD und das Reichsbanner sofort heranzutreten, um eine gemeinsame Demonstration durchzuführen. Die erste Besprechung verlief ergebnislos. In einer zweiten Sitzung wurde nochmals von unseren Genossen darüber verhandelt. Die Demonstration wurde abgelehnt, aber dafür beschlossen:

„Der gesamte Vorstand des ADGB Oels, der Vorsitzende der SPD Oels, sämtliche Vorsitzende der freien Gewerkschaften Oels und Vertreter des Reichsbanners beschließen, eine gemeinsame Kundgebung von Eiserner Front, SAP und KPD in den Oelser Stadtsälen unter der Kampfparole „Gegen die Hitler-Regierung“ durchzuführen. Jede Partei sollte einen Redner stellen.“

Aber nun trat die SPD-Bürokratie in Tätigkeit, die Führer weigerten sich, in einer derartigen Kundgebung zu sprechen. Nach Mitteilungen wird die Eiserner Front am Donnerstag allein eine Kundgebung durchführen. Wir bedauern dies aufs äußerste. Ein derartiges Verhalten von SPD-Führern in der augenblicklichen Situation ist beschämend für die Arbeiterklasse. Aber trotz alledem werden wir unseren Kampf in dieser Richtung weiter führen, und es muß gelingen, die Arbeiter zusammenzuführen, denn über diese Sabotage der SPD-Führer ist von den Arbeitern im Betriebe heftig diskutiert worden; allorts wird Empörung laut. An die Genossen der KPD aber richten wir die Bitte, diesen Leuten weiter zu zeigen, daß wir gewillt sind, im Kampf gegen den Faschismus zusammenzutreten, laßt jetzt in dieser Zeit die üblichen Parolen von Sozialfaschisten, Verrätern usw. fallen. Dann werden bald die SPD-Arbeiter erkennen, wer die wirklichen Saboteure sind.

Ein schlesisches Zentrumsblatt verboten!

Neisse, 14. Februar.

WSL. Das Zentrumsorgan die „Neisser Zeitung“ ist wegen Ausführungen im Leitartikel der Sonntagsausgabe „wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung“ auf die Dauer von drei Tagen, vom Mittwoch, dem 15. bis einschließlich Freitag, dem 17. d. Mts. verboten worden.

Das Fest der Volksbühne

Müßten auch in diesem Jahre viele, die gern gegangen wären, daheim bleiben, weil ihnen die Not an der Gurgel sitzt, das große Fest der Volksbühne fand wieder traditionsgemäß unter dem Motto: „Klappsitz und Gardine“ im Messehof statt. Dieses größte Kostümfest Breslaus, ist zugleich auch das bunteste und bewegteste. Toll und übermütig ging es zu. Zwei Kapellen spielten abwechselnd zum Tanz auf. Es gab Jahrmärkte mit Karussell, Zirkus und Hippodrom. Und überall war in dieser Nacht ein lustiges Treiben. Bleibt noch zu erwähnen, daß der Ueberschub der Theaterumbau in der Schwertstraße fließt. Alles in allem war es für alle Partien doch schön, trotz Krise ein Fest zu sein.

Das Begräbnis der Toten von Neunkirchen

Am Dienstagmittag fand in Neunkirchen die Beerdigung der ersten 60 Opfer der gewaltigen Explosionskatastrophe statt. Zu den Beerdigten gehörten die von der evangelischen und katholischen Kirche gemeinsam durchgeführt wurden, waren von der Reichsregierung der Vizekanzler Papen und der Arbeitsminister Seldte geschont. Auch der französische Arbeitsminister wie eine Abordnung französischer Offiziere haben an der Trauerfeier teilgenommen.

Die Rede des katholischen Seelensozials des Wehrbüchchens Dr. Moench, war den schwergeplagten Menschen von Neunkirchen alles andere als eine Stärkung. Dieser Bischof führte nämlich aus: „Wenn die Frage nach dem Warum dieses Unglücks auftaucht, so gebe es keine Antwort. Aber vielleicht sollte es sein, um in unserer Zeit des Eigenzweckes und der kalten Selbstsucht die enge Verbundenheit der Menschen in ein helles Licht zu rücken. Vielleicht habe Gott dies durch das Unglück zeigen wollen.“ Muted das nicht als eine Verhöhnung der um ihre Angehörigen trauernden Hinterbliebenen an?

Anschließend fand die Ueberführung der Opfe unter Beteiligung einer riesigen Menschenmenge nach dem Friedhof statt. Dort soll ein Ehrenmal für die Opfer der Explosionskatastrophe errichtet werden. Allerdings, so will es die Kirche, sollen die Toten getrennt nach Konfessionen begraben werden.

Holzhackern an. Diese sprachen dem starken Brantwein darauf zu, daß sie bald bewußtlos im Straßengraben lagen. Vorübergehende fanden die Betrunknen und verstaubten die Gendarmen, die die Holzhacken ins Krankenhaus brachten. Einer von ihnen starb unterwegs an den Folgen der schweren Alkoholvergiftung, während vier andere im Krankenhaus der Vergiftung erlagen. Die übrigen Mitglieder der Zechengesellschaft liegen im schwerkranken Zustand darnieder.

Zugunglück bei Moskau

Moskau, 14. Februar. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) WTB. Auf der Station Sortirowschnoje bei Moskau stießen zwei Vorortzüge zusammen. Es gab eine Anzahl von Toten und Verwundeten.

Feuer im Sägewerk

Ochsenfurt (Unterfranken) 15. Februar. WTB. In dem Sägewerk der Firma Krämer brach gestern ein Brand aus, der in den Holzvorräten reiche Nahrung fand. Das Feuer brachte eine Pressflasse zur Explosion. Eine etwa 70 Meter entfernt stehende Frau wurde von einem Eisenstück am Kopf getroffen und getötet. Weitere Personen kamen nicht zu Schaden. Das Feuer griff auf Scheune und Stallung über und vernichtete bedeutende Werte.

Schneesturmgewitter auch in Berlin

Auch über Berlin tobte gestern in den frühen Morgenstunden ein Wintergewitter. Zweimal schlug der Blitz in Straßenbahnmasten. In verschiedenen Stadtteilen hat der Sturm nicht unerheblichen Sachschaden angerichtet. In der Umgebung Berlins, speziell im Seengebiet, wurden Bäume enturzelt. Gleichzeitig gehen uns Meldungen von einem Gewitter über Leipzig zu.

Die rote Unmoral

Von dem Oberlandesgericht Kiel wurde ein Ehescheidungsprozess verhandelt. Die Ehefrau hatte auf Scheidung geklagt, weil ihr Mann mit vielen jungen Mädchen im Duzverhältnis stünde. Im Laufe der Verhandlung stellte es sich heraus, daß der beklagte Ehemann der Leiter einer sozialistischen Jugendgruppe ist, in der sich natürlicherweise auch viele junge Mädchen befinden. Die Ehefrau wußte nicht, daß in der proletarischen Jugendbewegung wie überhaupt in proletarischen Organisationen das Du unter den Genossen eine Selbstverständlichkeit ist. Das Ober-

Heute Mitgliederversammlung

20 Uhr bei Hoffmann in Pöpelwitz.

landesgericht Kiel hat bei dieser Gelegenheit neue zersetzende Tendenzen, verursacht durch die Arbeiterbewegung, entdeckt. Sein Urteil wurde folgendermaßen begründet: Die Eigenarten einer besonderen politischen oder kulturellen Bewegung könnten die Pflichten, die der Ehegatte gegen die Ehefrau nach dem Gesetz habe, nicht abändern. Das hohe Gericht führte ferner aus, daß in der sozialistischen Jugendbewegung der Umgang zwischen Mann und Frau näher als sonst üblich sei. Die Beziehungen zwischen Genossinnen und Genossen sind nach der Meinung dieses hochwohlwollenden Gerichts in der sozialistischen Jugendbewegung derart „intim“, daß die Teilnahme des beklagten Ehemannes an der sozialistischen Jugendbewegung als ehewidrig bezeichnet werden müsse. Bisher ist Kiel nur wegen der wohlschmeckenden Fischchen berühmt gewesen. Aber nun hat es das Recht, zusammen mit Schilda und ähnlichen berühmten Orten genannt zu werden. Der Herr Gerichtsvorsitzende aber ist ein würdiger Kollege des unsterblichen Herrn Bracht, denn er darf auf sein Konto buchen, daß er mit Mut und Kühnheit der bolschewistischen Zersetzung der deutschen Ehe entgegengetreten ist.

ORGANISATIONSKURS NACHRICHTEN

PKG Veranstaltungsgruppe: Heute, 19 Uhr, am Treffplatz Garderobe vorher bei R. abholen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau SAK

Achtung Eltern aus dem Ohlauer Tor! Donnerstag, den 16. Februar, findet um 20 Uhr im Heim, Marthastraße 11, die Abteilungs-Elternversammlung mit dem Thema: „Die Beziehungen zwischen Elternhaus, Schule, Staat.“ Referent Gen. Karl Websky. — Das Erscheinen aller Elternmitglieder sowie von Gesinnungsfreunden wird erwartet.

Achtung Eltern von Dürrgoy! Am Donnerstag, den 16. Februar, findet um 20 Uhr im Heim, Kamener Straße 15, die Abteilungsversammlung statt. Thema: „Nationalsozialistische Schul- und Erziehungspolitik in staatlicher Erziehung.“ Referent Gen. Kriehke. Erscheinen aller Elternmitglieder ist Pflicht. Bringt Bekannte und Gesinnungsfreunde mit.

Achtung! Elternmitglieder, Parteigenossen und Gesinnungsfreunde!

Am Sonntag, den 19. März, 17 Uhr, in Hoffmanns Festklub, zu dem Proletarischen Tanzfest! Trotz aller Notemal fröhlich sein! Musik, Sprechchöre, Rezitationen, anschließend Tanz. Karten nur für Erwachsene 30 Pf. im Voraus bei allen Helfern, in allen Heimen und in der Geschäftsstelle der SAZ erhältlich. Kinder haben keinen Zutritt.

Arbeiterkinderfreunde Breslau (SAK).

Geschäftliches

Die Rohstoffe sind ausschlaggebend. Ein® Ware die unter Verwendung bester Rohstoffe hergestellt ist, bezeichnet man als erstklassig. Wußten Sie schon, daß die großartige, stets gleichbleibende Qualität der berühmten Chlorodont-Zahnpaste darauf zurückzuführen ist, daß immer die gleichen hochwertigen Rohstoffe verwendet werden? Jedes Jahr verbraucht die Chlorodont-Fabrik 20 000 Kilo des feinsten Pfefferminzöles, das aus eigenen Pflanzungen gewonnen wird. Neuerdings sind solche Pfefferminzplantagen in Oberbayern entstanden, die vielen deutschen Bauern Arbeit und Verdienst bringen. Das ist Aufbauarbeit und Sicherstellung der Qualität.

Die Erdbebenkatastrophe in Kansu

Peiping, 14. Februar. Um eine Uebersicht über die verheerende Wirkung des Erdbebens zu erhalten, das, wie wir bereits gemeldet, große Teile der Provinz Kansu heimgesucht, ist gestern morgen ein Regierungsflugzeug nach der Stadt Kaoti in der Provinz Kan su aufgestiegen. Sachverständige Kreise in China sind der Meinung, daß, wenn das Unglück in seiner ganzen Ausdehnung bekannt sein wird, die zuerst gemeldete Zahl von 70 000 Opfern eventuell noch überschritten werden wird.

Würger Alkohol tötet fünf Menschen

Budapest, 14. Februar. CNB. In Ungarn ereignete sich ein ungewöhnlicher Fall von Alkoholvergiftung, der bisher 5 Personen zum Opfer fielen. Ein Brantweinbrenner aus Szeged, der vom Jahrmarkt mit einer Wagenladung unverzollten Brantweins heimkehrte, bot unterwegs den Schnaps mehreren

STADTTHEATER

Mittwoch, 20.—nach 23
Abonn.-Vorst. B 11

Die Fledermaus

Donnerstag, 19.30.—gegen 21
Abonn.-Vorst. D 11

Die Hochzeit des Figaro

Freitag 19.30.—gegen 23
Abonn.-Vorst. C 11

Carmen

LÖBETHEATER

Täglich 20.15.—22.15

Donna Diana

Sonntabend 20.15
Neuzinszenierung

Prinz Friedrich von Homburg

Schauspiel v. Heinrich v. Kleist

GERHART-HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15.—22

Die Wölfe

Sonntabend 20.15.—22.15

Donna Diana

Pfänder-Versteigerung Berliner Platz 2

am Donnerstag, den 23. Februar 1933
vormittags 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 10000
Bietungskautio RM. 10.—

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

SAZ-buchvertrieb breslau 5, gartenstraße 21

die linke front

marxistische blätter für kultur u. politik

das neueste heft soeben erschienen mit beiträgen von paul frölich, heinrich brandler u. a.

preis 20 pfg.

Verantwortlich: Bruno Sacher. Breslau; Inserate: Herbert Scholz. Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.G. Breslau Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephone 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 5 Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 102 92

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephone 206 02

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich

Der Leser der SAZ kauft bei:

WESTEN

Genossen! Fahrräder - Motorräder und ihre Ersatzteile bei **Karl Borst jun.**, Steinauer Straße 12a

Leinwand **Gotthard Völkel** Friedrich - Wilhelm - Straße 51 Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Vogelfutter · Kolonialwaren nur bei **Ritter**, Friedrich - Wilhelm - Straße 53

Obst · Gemüse · Kolonialwaren Erich Völkel Bergstraße 30

Lebensmittelhaus Heinrich & Co.

Frankfurter Straße 154

9% Kolonialwaren Josef Walter 9% Mariannenstr. 21. Ecke Berliner Str.

Franz Rzehulka Kolonialwaren / Tabake Alsenstraße 48 Ecke Leuthenstraße

Oskar Laqua Anderssenstraße 31 Kolonialwaren

Kolonialwaren · Spirituosen · Zigarren **Alfred Köpper** Edeka-Geschäft · Westendstr. 56

KURT REICHERT Kolonialwaren Steinauer Straße 20. Ecke Leuthenstraße

NORDEN

Wilhelm Kupczyk Schlegelwälderstraße 51 Kolonialwaren Lebensmittel

billigst bei **Leder K. Becker** Gneisenaustraße 5

SUD U. SÜDWEST

Zigarren · Zigaretten · Tabako **Paul fleischer** 11, Schanitzstr. Karl-Werkstr. 12

Hugo Rinner, Opitz-Straße 31, Ecke Yorkstraße Kolonialwaren, Spirituosen Edeka-Geschäft

R. & E. Horvay Hauptgesch. 10, Leuznaustr. 59, Filiale 21, Leuznauerstr. 25, Ecke Hallstraße. Kolonialwaren 9% Rabatt auf alle feinen Waren 9%

Erich Langner Kohlenhandlung Augustastr. 25 - Fernsprecher 851 68

Leserinnen und Leser der SAZ!

Schneidet untenstehende Kupons aus!

Tragt sie bei Euch!

Gibt sie in den Geschäften ab!

Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.



Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“
--	--	--	--	--

